

GEWINNSPIEL


 RENO
 Die behalt' ich gleich an!


Artikel

Kommentare

Karte

Griechenlandhilfe: Wie entschieden sich hiesige MdB

Eine Partei, zwei konträre Meinungen: Josef Göppel und Artur Auernhammer - vor 6 Stunden

TREUCHTLINGEN/WEISSENBURG - Die gestrige Abstimmung im Bundestag über das dritte Griechenland-Hilfspaket hat hohe Wellen geschlagen. Vor allem in der Union gab es eine große Zahl von „Abweichlern“, die das Ja der Bundesregierung zu weiteren Milliarden-Bürgschaften ablehnten. Der für den Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen zuständige Abgeordnete Artur Auernhammer (CSU) aus Oberhochstatt war nicht darunter. Er trug die Griechenland-Politik der Großen Koalition mit. Anders sein Ansbacher Wahlkreis- und Parteikollege Josef Göppel. Er hatte schon Mitte Juli gegen ein weiteres Hilfsprogramm gestimmt und blieb bei seinem Nein. Im Gespräch mit unserer Zeitung begründeten beide Abgeordneten ihre Entscheidung.

- Anzeige -:

Griechenland pleite?

Ist jetzt der Euro in Gefahr? Jetzt Prognose anfordern! Gratis.



Artur Auernhammer (links) und Josef Göppel (rechts).

© TK

Herr Auernhammer, ist Ihnen die Entscheidung für die erneute Griechenland-Hilfe leicht gefallen?

Artur Auernhammer: Ich bin zunächst ein bisschen verärgert, weil ich deshalb nach Berlin musste und nicht auf der Weißenburger Kirchweih sein konnte. Aber im Ernst: Letztlich war es eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera. Trotzdem war es einfacher als bei den bisherigen Hilfspaketen, zuzustimmen. Das aktuelle Reformpaket der Griechen überzeugt mehr als alles, was bisher aus Athen kam. Dieser Auffassung war auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

Was entgegnen Sie den Bürgern, die meinen, ein „Grexit“, also der Austritt aus dem Euro-Raum, sei besser für Griechenland?

Auernhammer: Wen trifft denn der Grexit zuerst? Die finanzschwache Bevölkerung. Schon die zeitweise Schließung der griechischen Banken Anfang Juli hat gezeigt, dass dann das tägliche Leben kaum noch möglich ist. Nach einem Grexit bräuchte die Bevölkerung humanitäre Hilfe. Schließlich bleibt Griechenland auch ohne Euro Teil der EU. Das würde für Deutschland direkte Kosten bedeuten und nicht nur die jetzigen Bürgschaften. Nicht zu vergessen ist außerdem das Flüchtlings-Thema. Wenn

Griechenland pleite ginge, würde der Flüchtlingsstrom noch zunehmen – zum einen weil der griechische Staat keine Kontrolle über die Zuwanderung mehr hätte, zum anderen weil viele Griechen selbst zu Wirtschaftsflüchtlingsen würden.

Und das Argument, dass die Hilfsmilliarden nur den Superreichen und Banken zugute kommen oder durch das Zinsgefälle und Kapitalflucht wieder an deutsche Banken und (Export-)Unternehmen zurückfließen?

Auernhammer: Wichtig ist auch für den kleinen Bürger, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Griechenlands wieder hergestellt wird. Vor den Neuwahlen war das Land bereits auf einem guten Weg, und nach einer Hängepartie hat sich die jetzige Regierung wieder gefangen. Ministerpräsident Tsipras hatte ohnehin keine Alternativen. Andere Staaten haben viel höhere Schulden, sind aber wirtschaftlich leistungsfähiger und können ihre Zinslast tragen. Ich sehe berechtigte Hoffnungen, dass das auch die Griechen wieder schaffen. Deshalb habe ich den Bürgschaften zugestimmt, auch wenn es schwer fiel.

Herr Göppel, drei Hilfspakete, und dreimal ein klares Nein von Ihnen. Dass es nichts ändern würde, war Ihnen sicher vorher klar. Warum trotzdem?

Josef Göppel: Mir geht es um ein Signal für eine Richtungsentscheidung, welchen Charakter die EU hat. Die bisherigen Rettungsversuche für Griechenland haben alte Schulden mit neuen Krediten getilgt. Das wird auch im dritten Versuch nicht klappen. Hier zeigt sich das Grundproblem des Euro: Eine gemeinsame Währung erfordert auch eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik und damit einen Finanzausgleich ohne Rückzahlungspflicht, so wie zwischen den deutschen Bundesländern. Finanziert werden müsste das mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Denn die eigentliche Ursache für die Überschuldung vieler Länder liegt im überbordenden Finanzsektor, der mittlerweile das 90-fache Volumen der weltweiten Realwirtschaft erreicht hat.

Ohne diesen Kurswechsel bedeutet ein Nein zum Rettungspaket aber, dass Griechenland pleite gehen würde oder aus dem Euro ausscheiden müsste. Ist das der bessere Weg?

Göppel: So lange die EU nur ein Währungsverbund bleibt, müssen wirtschaftlich schwächere Mitgliedsstaaten die Möglichkeit haben, zeitweise zurück in ihre Regionalwährung auszuweichen. Auf diese Weise könnte auch Griechenland seine Überschuldung abbauen und anschließend mit einem neuen Ausgangswert wieder in den Euro einsteigen. Dafür gibt es die Idee einer begleiteten Unterbrechung der Eurozugehörigkeit. Alle Investitionsprogramme und Hilfen der EU kämen während dieser Zeit tatsächlich unmittelbar der griechischen Volkswirtschaft und Bevölkerung zugute.

Immer wieder werden auch die hohe Staatsquote in Griechenland als Argument für den Spardruck ins Feld geführt und Privatisierungen gefordert. Dagegen haben Sie schon im Juli nach dem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs protestiert. Warum?

Göppel: Weil die Privatisierungserlöse nicht zu erzielen sind. Schon das zweite Hilfsprogramm hat statt der erwarteten 50 nur 2,6 Milliarden Euro aus diesen Notverkäufen erbracht. Außerdem kann ich nicht akzeptieren, dass von den Griechen jetzt sogar die Privatisierung der Trinkwasserversorgung verlangt wird, während wir dies in Deutschland strikt ablehnen.

Interviews: Patrick Shaw

TREUCHTLINGER
Kurier